Herr Gleß teilt mit, dass bereits seit einigen Jahren die Verwaltung dabei ist, die Straßenbeleuchtung von Natriumhochdrucklampen auf LED-Leuchten umzustellen. Dies ist sukzessiv erfolgt und es konnten auch Förderungen in Anspruch genommen werden. Die Kosteneinsparungen stellen sich wie folgt dar.

Jahr	KwH (Verbrauch)	Kosten (Euro)
2015	2.140.000 Mio	475.000
2016	1.997.000 Mio	435.000

Die Kosteneinsparung beläuft sich somit auf 39.000 Euro. Im Jahr 2009 lag der Verbrauch noch über 3 Mio KwH mit Kosten in Höhe von 650.000 Euro. Insgesamt konnte der Verbrauch um 1/3 in einem Zeitraum von 8 Jahren gesenkt werden.

Im Weiteren informierte er zum IHK „Grüne Infrastruktur“, einem interkommunalen Projekt, unter Beteiligung der Kommunen, die am Grünen C mitgewirkt haben (Alfter, Bornheim, Bonn, Niederkassel, Troisdorf und Sankt Augustin). Der Fördergeber hat den Kommunen auferlegt, ein integriertes Handlungskonzept zur Gestaltung des Freiraumes mit Maßnahmen, die bereits Kostenschätzungen beinhalten sollen, bis Juni 2017 vorzulegen. Daran wird mit Hochdruck gearbeitet, es wird viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht, erst kürzlich im Stadthaus Bonn, um die Politik vor Ort zu informieren. Mittlerweile können verschiedenen Maßnahmen benannt werden, die im nächsten UPV-Ausschuss vorgestellt werden.

Sankt Augustin hat Königswinter, wichtig für den Lückenschluss zum Siebengebirge und Hennef, hinsichtlich der Einbindung des Siegverlaufs, dazu eingeladen, sich an diesem interkommunalen Projekt zu beteiligen. In beiden Städten haben sich die zuständigen Gremien damit beschäftigt und dafür ausgesprochen. Je größer die Beteiligung ist, umso größer sind die Erfolgchancen, dass es ein erfolgreiches Projekt wird. Es ist ein ambitioniertes Ziel, dies bis Juni 2017 zu erreichen, denn die Gremien in den einzelnen Kommunen müssen hinsichtlich des Inhaltes des Konzeptes Beschlüsse fassen. Die Verwaltung wird den Ausschuss regelmäßig über den aktuellen Sachstand informieren.

Zum Abschluss berichtete er von der Initiative „Zukunftsnetz Mobilität NRW“ was dem Nahverkehr Rheinland angeschlossen ist (NVR), durch den die Verwaltung schon oft in den Genuss von Fördergeldern gekommen ist, wie z.B. beim Haltepunkt Sankt Augustin-Zentrum oder der P+R Anlage in Hangelar. Ziel dieser Initiative ist es Netzwerke zwischen den Kommunen des Landes NRW zu schaffen und die Mobilität nachhaltiger und zukunftssicher aufzustellen. Der Focus liegt auf den Kommunen, wo Mobilitätskonzepte geschaffen werden sollen, aber auch kleinteilige Maßnahmen zu unterstützen. Sankt Augustin ist jetzt Mitglied geworden und Frau Schneider vom Fachbereich 6 wurde, autorisiert durch Aushändigung einer Urkunde am 23.11.2016 beim Verkehrsministerium, zur Mobilitätsbeauftragten bestimmt. Diese Thematik wird die entsprechenden Gremien zukünftig sehr beschäftigen. Denn es wird nicht ausreichend sein, kommunale Mobilitätskonzepte zu erstellen, sondern die Lösung der aktuellen und zukünftigen Verkehrsprobleme liegt in der kommunalen Zusammenarbeit. In Sankt Augustin liegt der Durchgangsverkehr mit drei Autobahnen bei 95%, was sicherlich einer lokalen Betrachtung bedarf, aber nur auf regionaler Ebene gelöst werden kann. Deshalb macht es Sinn ein regionales Verkehrskonzept zu erstellen. In Betrachtung des neuen Regionalplanes für den Reg. Bez. Köln und des neuen Landesentwicklungsplanes, mit

dem Ergebnis, dass sich die Region Rheinland qualitativ und quantitativ weiter entwickeln wird und im Hinblick auf die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt wird deutlich, dass all dies zu einer stärkeren Belastung der Verkehrsinfrastruktur führen wird. Dies zu bewältigen geht nur mit intelligenten Mobilitätskonzepten. Auch der RSK ist vor drei Wochen dem Verein „Metropolregion Rheinland“ beigetreten, um diese Zielsetzung zu untermauern. Allein die Begrifflichkeit macht deutlich, welche Entwicklung in dieser Region erwartet wird. Wenn der Verein „Region KölnBonn e.V.“ ein Agglomerationskonzept für die Region aufstellen wird, spricht auch das für die vorgenannte Entwicklung. Umso wichtiger ist es Stadt- und Gemeindegrenzen übergreifend miteinander zu arbeiten.

Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan mit Verbreiterung der Autobahnen, neuen Brücken, Errichtung einer Südtangente u.a.m. lässt sich schwer mit intelligenten regionalen Mobilitätskonzepten in Einklang bringen. Diese Sichtweise teilt auch die Geschäftsführung des NVR. Nur eine Solidargemeinschaft der Kommunen macht es möglich, ein regionales Mobilitätskonzept nach vorn zu bringen.

In den nächsten Jahren ist die Realisierung einer Mobilitätsstation angedacht, auf die er jedoch noch im nicht öffentlichen Teil näher eingehen wird.

Herr Günther wollte den Prozentsatz benannt haben, wieviel bei der Straßenbeleuchtung bereits umgerüstet wurde.

Herr Kallenbach sagte zu, die Zahl mit der Niederschrift zur Sitzung nachliefern zu wollen.

Ende des öffentlichen Teils 18:50 Uhr